

Umweltpolitik als Gesellschaftspolitik

Michael Wehrspau und Korinna Schack

1 Einleitung

Langsam aber stetig breitet sich auch in der Öffentlichkeit die Erkenntnis aus, dass Umweltprobleme und gesellschaftliche sowie kulturelle Entwicklungen sehr eng zusammenhängen. Besonders offenkundig ist das beim Thema Verkehr: Die kulturelle Dominanz des Automobilität als mächtiger gesellschaftlicher Trend der letzten Jahrzehnte hat zu einer am motorisierten Individualverkehr ausgerichteten Verkehrsplanung und einem dementsprechend autozentrierten alltäglichen Verkehrsverhalten geführt. Die daraus entstehenden Umweltprobleme, wie Lärm, Luftverschmutzung und Unfallgefahren, wirken sich massiv auf menschliche Lebenslagen, -formen und -stile aus, unmittelbar beispielsweise auf die menschliche Gesundheit durch zu hohe Feinstaubkonzentrationen, aber auch mittelbar: Der Automobilität führt zur Verinselung von Wohngebieten und hat damit einen beträchtlichen Anteil an der Verursachung von sozialer Segregation.

Das zeigt sehr deutlich: Der Zusammenhang zwischen Umweltproblemen und soziokulturellen Entwicklungen besteht aus einem Geflecht von Wechselwirkungen, in dem die Ereignisse und Zustände in dem einen Bereich zu Ausgangs- und Randbedingungen für die Entwicklungsmöglichkeiten der anderen Bereiche werden. Die Umweltpolitik muss sich heute systemisch als Teil dieses Zusammenhangs von Wechselwirkungen verstehen: Wenn sie – von ihr als solche definierte – gesellschaftlichen Fehlentwicklungen entgegensteuert, löst sie gleichzeitig auch selbst gesellschaftlich relevante Wirkungen aus. Insofern hat die Umweltpolitik immer auch eine gesellschaftspolitische Dimension.

Da aber die Politik in den letzten Jahrzehnten bei der Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens vorrangig auf die Förderung des ökonomischen Wachstums setzte – ergänzt durch eine Sozialpolitik, die sich um den Ausgleich für die schwächeren Schichten zu kümmern hatte – ist diese gesell-

schaftspolitische Dimension immer wieder in den Hintergrund geraten, sogar in der Umwelt- und Nachhaltigkeitskommunikation. In diesem Aufsatz entwickeln wir einige Argumente dafür, dass die Gesellschaftspolitik wieder in den Vordergrund treten sollte, und welche Anknüpfungspunkte schon heute dafür vorhanden sind.

2 Die Wiederentdeckung der Gesellschaftspolitik im Nachhaltigkeitsdiskurs

Bei der Planung und Umsetzung umweltpolitischer Maßnahmen stellen sich heute immer häufiger Fragen der Gerechtigkeit. Die regelmäßig durchgeführten Repräsentativumfragen zum „Umweltbewusstsein in Deutschland“ zeigen, dass einem großen Teil der Bevölkerung sehr präsent ist, dass Erhöhungen von Energiekosten bei Beziehern niedriger Einkommen zu Energiearmut, Verteuerungen bei Verkehrsmitteln zu Mobilitätsarmut, Auflagen an Produzenten zu höheren Preisen und damit zur Einschränkung von Konsummöglichkeiten führen können (BMU/UBA 2010).

Das zeigt ein latentes Konfliktpotenzial zwischen den Anforderungen des Natur- und Umweltschutzes und der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit. Angesichts der gegenwärtigen politischen Situation ist das nicht erstaunlich. Die Menschen werden durch die inzwischen häufig gewordenen „Finanzkrisen“ verunsichert, aber auch durch die zunehmende soziale Polarisierung und die seit Jahren anhaltenden Diskussionen über den weiteren Um- oder Abbau des Sozialstaates. Geplante oder schon realisierte radikale Kürzungen bei Programmen, wie demjenigen zur „Sozialen Stadt“, werden voraussichtlich die Konflikte verschärfen (Häußermann 2011). Für die aktuelle Situation der frühentwickelten Industriegesellschaften, in denen eine deutliche Distanz der Bürgerinnen und Bürger zur Politik entstanden ist, die sich in sinkender Wahlbeteiligung und verbreiteter Politikverdrossenheit äußert, wurde bereits die These der „Postdemokratie“ aufgestellt (Crouch 2008, Bundeszentrale für politische Bildung 2011).

Aber das ist nur ein Teil der heutigen Realität. Ein genauerer Blick kann zeigen, dass parallel zu diesen Krisensymptomen bereits ein Kulturwandel in Richtung nachhaltige Entwicklung im Gange ist, der vor allem auf lokaler Ebene vorangetrieben wird. Dort ist viel in Bewegung geraten, vielerorts finden Aufbrüche statt. Dabei geht es meistens darum, Projekte mit konkreten Zielen in überschaubarer Zeit durchzuführen, zum Beispiel als Beitrag zur Energiewende, im kommunalen Klimaschutz oder bei der Urban-Gardening-Bewegung. Kenn-

zeichnend für diese Initiativen ist der Wille, die Gestaltung der zukünftigen Entwicklung der Gesellschaft in die Hand zu nehmen, und der Optimismus, dass dies auch gelingen kann.

Gestaltungsoptimismus findet man auch in neueren globalen umweltpolitischen Begründungsstrategien, wie im aktuellen Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung „Globale Umweltveränderungen“, in dem ein neuer „Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“ gefordert wird (WBGU 2011). Dieses Wissenschaftlergremium hatte schon vor fast 10 Jahren in einem früheren Jahresgutachten zu belegen versucht, dass Armutsbekämpfung durch Nachhaltigkeitspolitik nicht nur möglich ist, sondern – wie es das einschlägige Leitbild auch vorsieht – sogar eine enge Verbindung beider Ziele besteht. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die „Vision von Rio“ (benannt nach dem dortigen UN-Gipfel von 1992) tatsächlich ernst genommen und als Grundlage für umweltpolitische wie auch entwicklungspolitische Strategien verwendet wird (WBGU 2004).

Eine tatsächlich davon angeleitete Politik im Sinne einer „Good Governance“ lässt sich durch zwei Grundmerkmale charakterisieren: Erstens ist sie integrativ-synergistisch ausgerichtet. Sie geht also systemische Problemlagen mit systemischen Lösungsansätzen an und sucht nach Synergien zwischen Politikfeldern – zum Beispiel zwischen dem ökologischen Umbau der Wirtschaft und der Bewältigung demografischer Probleme. Zweitens ist sie explorativ-partizipativ orientiert. Sie versteht den anzustrebenden Kulturwandel nicht als bloßes „Implementationsproblem“ vorab festgelegter Programme, sondern als kooperativen Prozess gemeinsamer gesellschaftlicher Zukunftsbewältigung. In diesem Prozess geht es um die Exploration, Konstruktion und Förderung humaner Lebensformen sowie von Sozialbeziehungen, die kulturelle Selbstentfaltungschancen bieten, ohne die natürlichen Lebensgrundlagen zu überfordern.

Auf diese Weise können die beiden – üblicherweise heute scharf miteinander konkurrierenden – Konzepte „Daseinsvorsorge“ und „Eigenverantwortung“ kombiniert werden. Das setzt allerdings voraus, dass man die wohlfahrtsstaatliche Suggestion von Daseinsvorsorge als umfassender Vollversorgung und Statussicherung vermeidet und stattdessen den Menschen die Teilhabe an Zukunftsverantwortung ermöglicht. Zukunftsverantwortung darf dabei allerdings nicht auf Eigenverantwortung im neoliberalen Verständnis reduziert werden, das heißt auf die je individuelle Nutzenmaximierung zwecks gesamtgesellschaftlicher Wachstumsförderung. Beibehalten werden muss von diesen Konzepten aber erstens die ausgedrückte Pflicht von Gesellschaft und Staat, allen Menschen ein Leben in Würde zu gewährleisten, sowie zweitens die Aufgabe der Bürgerinnen und Bürger, bei der Ermöglichung dieser Gewährleistung durch

eigene Beiträge mitzuwirken. Und da beide Aspekte heute zu wünschen übrig lassen, ist die obige Bestimmung von Gesellschaftspolitik nicht auf die Erhaltung und Bewahrung bestehender Zustände ausgerichtet, sondern hebt den Kulturwandel hervor und die moralische Verpflichtung jedes einzelnen Menschen, sich im Rahmen seiner Möglichkeiten dafür zu engagieren.

Ein solch dynamisches Verständnis von Gesellschaftspolitik erfordert und fördert die Mitwirkung der Bevölkerung. Es entspricht sehr gut der beim Rio-Kongress vor 20 Jahren verabschiedeten „Agenda 21“, deren Teil III mit „Stärkung der Rolle wichtiger Gruppen“ überschrieben ist und ein breites Programm partizipativen Kulturwandels skizziert. Die in der Gesellschaft noch immer verbreitete Missachtung der gesellschaftspolitischen Herausforderungen und Chancen hat aber dazu geführt, dass dieses Leitbild in unserer heutigen Gesellschaft und Kultur noch lange nicht echte Verhaltens- und Strukturänderungen anleiten kann.

3 Von der soziokulturellen Selbstblockade zum kooperativen Such- und Lernprozess

Ursprünglich war der integrative Anspruch des im Rahmen der Rio-Konferenz beschlossenen Nachhaltigkeitsleitbildes als Aufforderung und Anleitung zu einer gemeinsamen – systemischen – Betrachtung und Analyse ökologischer, ökonomischer und sozialer Probleme gedacht: Das Ziel war ein Brückenschlag zwischen Umwelt- und Entwicklungspolitik. Damit sollte nicht zuletzt auch die „Suche nach der ökologischen Gerechtigkeit“ (Radkau 2011) vorangebracht werden, denn Gerechtigkeitsprobleme spielen im Verhältnis zwischen hochentwickelten Industrieländern und den sogenannten Entwicklungs- und Schwellenländern eine zentrale Rolle. Gerechtigkeit wird dabei – vergleichbar mit dem ökonomischen Ausgleich in der nationalstaatlichen Wohlfahrtspolitik – fast ausschließlich ökonomisch und als Frage der Ausgestaltung von Wirtschaftsbeziehungen betrachtet.

Daher hat dieser Ausgangspunkt des Nachhaltigkeitsdiskurses auch dazu geführt, dass in der Praxis die Umweltpolitik immer wieder auf ein Teilgebiet der Wirtschaftspolitik reduziert wurde. Bis heute schwelende Grundlagendebatten („schwache“ oder „starke“ Nachhaltigkeit?) und Konkretisierungskonflikte (Nachhaltigkeit durch „Green Growth“ oder mittels „Suffizienzrevolution“?) illustrieren diesen Sachverhalt. Gleichzeitig repräsentieren sie aber auch die Grundfragen, die sich aus dem Spannungsfeld der menschlichen Existenz zwischen natürlicher Selbsterhaltung und kultureller Selbstentfaltung ergeben. Es

gehört zu den „unbequemen Wahrheiten der Ökologie“ (Haber 2010), dass menschliches Leben eingebunden ist in die Stoffwechselprozesse der Natur, in der ein harter Wettbewerb um Überlebens- und Fortpflanzungschancen herrscht. Gleichzeitig vermögen es menschliche Gesellschaften Ideale, wie Gerechtigkeit und Freiheit, auszubilden und die dafür notwendigen kulturellen und moralischen Realitätsdimensionen hervorzubringen.

Nur als solches „biologisch-geistiges Doppelwesen“ (Haber 2010: 28 ff.) können wir Menschen die uns von der naturalen Umwelt vorgegebenen Handlungsgrenzen erkennen. Seit Mitte des 17. Jahrhunderts ist von einer „Ökonomie der Natur“ die Rede, die sich sowohl auf die Gesetzmäßigkeiten der natürlichen Stoffwechselprozesse bezieht als auch darauf, wie Gesellschaften ihre eigenen Überlebensstrategien im Sinne einer rationalen Ressourcenverwertung optimieren können. Als dann gegen Ende des 19. Jahrhunderts aus diesen frühen Naturhaushaltslehren (im ursprünglichen Sinne von „Ökonomie“) der Bezug auf Gott als Erfolgsgaranten und insofern obersten Ökonomen verschwand, kam es zur Entwicklung der modernen Ökologie als Wissenschaft (Haber 2010: 21 ff.).

Historisch ist es also durchaus verständlich, wenn noch heute die ökologischen Fragen häufig auf eine Art Management der Selbsterhaltung reduziert werden und man sich um die kulturell-moralische Dimension menschlicher Existenz nur dann kümmert, wenn die ökonomischen Verhältnisse das zulassen. Daher bleiben von der kulturellen Selbstentfaltung in Theorie und Praxis oft nur die „Konsummuster“ übrig sowie das Bemühen um stete Steigerung des Verbrauchs. Aber genau das führt in die heute immer deutlicher werdenden Sackgassen der Umweltkommunikation: In der einen Sackgasse werden gesellschaftspolitische Fragen ausgeblendet und es wird ausschließlich auf Effizienzsteigerungen bei Produkten und Produktionsverfahren gesetzt. Dabei wird übersehen oder wissentlich verschwiegen, dass Effizienzgewinne bei der Naturaneignung den Menschen immer auch neue Konsumchancen eröffnen. Damit werden die Effekte aufgehoben oder im schlimmsten Fall die realen Ökobilanzen sogar verschlechtert.

Die andere Sackgasse geht von dem Glauben an „natürliche Gleichgewichte“ aus, zu denen „zurückgekehrt“ werden müsse und könne, und das nicht nur, um die Natur zu „retten“, sondern auch, weil diese Gleichgewichte für Menschen als höchst förderlich betrachtet werden.

Beide Diskurs- (oder eigentlich eher: Rhetorik-) Varianten beziehen ihre vermeintliche Plausibilität aus der – manifesten oder latenten – gegenseitigen Abgrenzung voneinander. Es macht ihre fatale heimliche Komplizenschaft aus, dass sie die Rolle des Menschen im evolutionären Prozess der Natur banalisieren und entweder technokratische Machbarkeitsphantasien in einen neuen Jar-

gon kleiden oder alte Träume von einem paradiesischen Leben „im Einklang“ mit dem Rest der Natur in modernisiertem Gewande verkaufen.

In der Praxis führen das Neben- und das Gegeneinander der kommunikativen Sackgassen in eine soziokulturelle Selbstblockade, da sie in Wirtschaft und Politik, Gesellschaft und Kultur eine Art von ökologischem Problembewusstsein verbreiten, das für die meisten Menschen nicht oder nur schwer in ein konsequent umweltgerechtes Alltagsleben umzusetzen ist. Und so kommt es nicht nur zur Ausbreitung von nachhaltigkeitsorientierten Verhaltensweisen, sondern auch zu dem verbreiteten Eindruck einer allgegenwärtigen, aber kaum zu vermeidenden „Kluft zwischen Bewusstsein und Verhalten“. Das ruft leicht gegenseitige Schuldvorwürfe hervor und trägt zu Politikverdrossenheit bei und letztlich auch zur Aushöhlung der Grundlagen demokratischen Zusammenlebens, vor allem dann, wenn es sich mit großen Zukunftsängsten paart. Und das ist heute der Fall, wie die Erhebungen zum Umweltbewusstsein deutlich belegen.

Deshalb ist es sinnvoll, die „Agenda 21“ als Aufforderung zum umfassenden Kulturwandel zur nachhaltigen Entwicklung zu verstehen und das nicht nur in den Industriegesellschaften. Dabei sind einerseits Vermeidungsziele einzuhalten (wie beispielsweise das Zweigradziel beim Klimawandel) und andererseits Entwicklungsziele aufzustellen (wie die Beseitigung von Unterernährung und Analphabetismus überall in der Welt). Beide Zielstellungen ergeben zusammen die Vision der ökologischen Gerechtigkeit: Es geht nicht nur um die ethische Ausrichtung von Produktion und Konsum. Auch insgesamt sollen sich in Gesellschaft und Kultur Lebensformen global so etablieren und aufrechterhalten lassen, dass die Naturressourcen nur in den Grenzen ihrer natürlichen Regenerationsfähigkeit genutzt werden und es dabei trotzdem möglich ist, die menschlichen Gestaltungsmöglichkeiten des gesellschaftlichen Zusammenlebens voll zu entwickeln.

Letztendlich wird somit nicht weniger verlangt als die bewusste und freiwillige, insofern historisch (sowie evolutionär) beispiellose Entkoppelung von Lebensqualität und Naturverbrauch. Daher ist Nachhaltigkeit als eine „regulative Idee“ im Sinne der Philosophie Immanuel Kants zu verstehen. Gemeint ist damit eine normativ begründete Vorgabe für einen gemeinsamen, alle Teile der Gesellschaft einbeziehenden und auch zur Kooperation verpflichtenden Such- und Lernprozess, in dessen Verlauf erst festzustellen ist, wie ein zukunftsfähiger Kurs der weiteren Entwicklung von Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur aussehen kann.

Nachhaltigkeit als eine „regulative Idee“ zu verstehen, erfordert einen grundlegenden Bewusstseinswandel, denn dann bedeutet Nachhaltigkeit, Kollektivgüter als Bestandteile von Wohlstand und Wohlfahrt anzuerkennen und

Verantwortungsbereitschaft auf globale Umweltwirkungen und Lebenschancen der Nachgeborenen auszuweiten. Und gleichzeitig ist die Idee einer „offenen Zukunft“ tatsächlich ernst zu nehmen. Das setzt bei den Menschen eine erhebliche Bereitschaft zum Umdenken und zur Mitwirkung bei den notwendigen Erneuerungen voraus.

4 Mit Innovationen zur Nachhaltigkeit

Da heute noch keine nachhaltigen Gesellschaftsmodelle realisiert sind, entsteht bei der Umorientierung ein gewaltiger Innovationsbedarf. Allerdings tun sich die gegenwärtig dominanten Formen der Innovationstheorie noch schwer damit, den Kulturwandel hin zur Nachhaltigkeit als primäre Aufgabe für Erneuerungsstrategien zu erkennen (Wehrspau 2012). Quasi spiegelverkehrt dazu fehlt großen Teilen des aktuellen Nachhaltigkeitsdiskurses ein angemessenes historisches Bewusstsein (Radkau 2011: 14 f.).

So ist beispielsweise in letzter Zeit eine intensive Diskussion ausgebrochen zur Frage „Privatisierung oder Politisierung von Konsumentenverantwortung?“ Verfechter des einen Standpunkts geht es dabei um die Sorge, dass die Betonung der Eigenverantwortung von Konsumentinnen und Konsumenten den Nachhaltigkeitsdiskurs zu stark entpolitisieren könnte. Ihre Gegner bestreiten das nicht nur mit dem Hinweis auf den Umstand, dass heute auch im Konsumverhalten schon sehr viel zivilgesellschaftliches Engagement sichtbar ist, sondern auch mit dem Argument, dass eine Politisierung ohne konkrete Änderungen im Alltagsverhalten höchst oberflächlich bleiben müsste. Der „libertäre Paternalismus“ hält es für falsch, die beiden Standpunkte als Gegensätze zu betrachten (Heidbrink/Reidel 2011). Dieser im Rahmen der neuen Verhaltensökonomie entwickelte Ansatz setzt auf kleine Anstöße („nudges“), mit deren Hilfe die Menschen in konkreten Entscheidungssituationen in Richtung Nachhaltigkeit bewegt werden sollen (Thaler/Sunstein 2008).

Was aus (kultur-) soziologischer Sicht bei dieser wie auch anderen Diskussionen im Nachhaltigkeitsdiskurs besonders befremdlich auffällt, ist die fast völlige Ausrichtung der Streitfragen und Standpunkte an einer Art „Kontinuitätssuggestion“. Es wird die Tatsache ignoriert, dass es beim Kulturwandel heute nicht mehr um ein „Ob“ gehen kann, sondern um ein „Wie“ gehen muss. Der Stand der menschlichen Naturaneignung und seine höchst problematischen ökologischen Folgen, wie die wirtschaftliche Globalisierung, der gewaltige Bevölkerungsanstieg in den armen Ländern und der tiefgreifende demografische Wandel in frühindustrialisierten Weltgegenden, dazu die Herausbildung von

Wissens- und Dienstleistungsökonomien und die schon fast sprichwörtlich gewordene Grenzenlosigkeit von Finanzkonstellationen und -transaktionen machen jedes Beharren auf einem „Weiter-so“ zur puren Illusion. Es kann nur noch darum gehen, im laufenden und unaufhaltsamen Wandel die Gestaltungsfähigkeit zu erhalten und die wirklich zukunftsfähigen Optionen zu wählen.

Es ist unbestritten, dass die moderne Welt Resultat eines seit etwa zwei Jahrhunderten zuerst Europa und dann die Welt prägenden Prozesses des „Fortschritts“ ist. Allerdings wurde Fortschritt in der europäischen Geistesgeschichte oft in einen „Hinschritt“ umgedeutet. Je nach den vorherrschenden Idealen von Selbstbestimmung und Emanzipation (und gebunden an Konzepte, wie „freier Weltmarkt“, „klassenlose Gesellschaft“, „nationale Identität“) erschien so der Fortschritt nicht mehr als evolutionärer Prozess mit einem prinzipiell offenen, jedenfalls nicht voraussagbaren Ende, sondern als Verwirklichung von politischen Utopien und/oder Ideologien (Wehrspau/Wehrspau 2003). Das hat den Fortschritt verständlicherweise in Misskredit gebracht. Aber der Fortschritt war schon immer höchst umstritten und oft haben ihn erst die Auseinandersetzungen um seine Wirkungen so richtig vorangebracht. Daher ist auch die ökologische Transformation auf den Streit um den Fortschritt angewiesen – und vor allem auf die dabei hervorgebrachten Innovationen.

In seinem bereits erwähnten Gutachten zur „Großen Transformation“ hat der WBGU Energiesysteme (inkl. Verkehrssektor), urbane Räume (Städte und ihr Umland) sowie Landnutzungssysteme als die „zentralen Transformationsfelder“ benannt (WBGU 2011: 3 f.). Hier stehen grundlegende Veränderungen an, gerade auch in den Industrieländern. Die dazu notwendigen technischen Innovationen befinden sich in einer stürmischen Entwicklung. Die mit Wärmedämmung, Elektromobilität, Stromnetzausbau, ja sogar Glühlampenverbot verbundenen Zumutungen und Herausforderungen erfordern aber auch im soziokulturellen Bereich diverse Lernprozesse und müssen folglich durch soziokulturelle Anpassungsinnovationen (zum Beispiel Nutzerintegration in Herstellungsprozesse oder neue Formen der Bürgerbeteiligung) flankiert werden, um das zu verhindern oder wenigstens zu mildern, was in der sozialwissenschaftlichen Theorie als „cultural lag“ oder auch als spannungsreiche Diskrepanz zwischen technischer und kultureller Modernisierung beschrieben wird.

Ebenso wichtig sind Dynamisierungsinnovationen. Sie schaffen durch neue Verhaltens- und Orientierungsweisen überhaupt erst neue Entwicklungspfade und setzen damit kulturschöpferische Potenziale frei. Es bedarf neuer Szenarien für Wohnen, Arbeiten, Freizeit, Mobilität, Ernährung usw. Dabei ist nicht nur der noch immer vorherrschende Wachstumszwang zu überwinden – es müssen neue Kulturmuster erfunden, ausprobiert und etabliert werden. Nur

wenn das gelingt, dann kann deutlich werden, dass die Erneuerungen die davon betroffenen Menschen nicht zu sozialen Verlierern machen.

5 Zivilgesellschaftliches Engagement als Motor der Erneuerung

Große Teile der Umwelt- und Nachhaltigkeitskommunikation gehen immer noch einfach deswegen an der Bevölkerung vorbei, weil deren unterschiedliche Lebensformen und -stile in den verschiedenen soziokulturellen Milieus nicht hinreichend beachtet werden. In der ökologischen Aufklärung und auch bei der Umweltberatung und -bildung wird oft „die Bevölkerung“ ganz undifferenziert adressiert, was dazu führt, dass sich niemand angesprochen fühlt. Dagegen betrachten Sozial- und Kulturwissenschaftler häufig alle Bemühungen, die komplexen und vielgestaltigen Formen der heutigen Gesellschaft beeinflussen zu wollen, von vornherein sehr skeptisch.

Eine Ende der 1990er Jahre im Auftrag von BMU und UBA durchgeführte Zielgruppenanalyse konnte zeigen, dass die Menschen in hochindustrialisierten Ländern zwar vielerlei Lebensformen ausgebildet haben und teils sehr unterschiedliche Lebensstile pflegen, dass aber trotzdem gerade im Hinblick auf die Fragen von Umweltbewusstsein und Umweltverhalten viele Ähnlichkeiten bestehen, welche durchaus einige Verallgemeinerungen erlauben (UBA 2002). Diese Einsichten lassen sich neu interpretieren auf der Folie der Umweltbewusstseinsumfragen in den Jahren 2008 und 2010, in denen das inzwischen recht bekannt gewordene Milieumodell des Sinus-Instituts verwendet wurde. Auf dieser Basis kann man die Haltung zur ökologischen Transformationsfrage in den heutigen Milieus im Lichte unterschiedlicher „Dilemmasituationen“ beschreiben:

In den etablierten Wohlstandsmilieus entsteht ein Werte-Dilemma. Das Streben nach einem kulturell gehobenen Lebensstil und dem entsprechenden öffentlichen Ansehen umfasst eine Orientierung an Prinzipien, wie Verantwortungsbereitschaft, Pflicht zur Bewahrung und Solidität. Aber gerade diese Werte werden durch die herrschende marktwirtschaftlich-kapitalistische Dynamik stetig unterlaufen – und sogar schwer geschädigt, wenn daraus eine nachweisbare Zerstörung von Umweltressourcen resultiert. Diese Milieus sind folglich zunehmend mit der Frage konfrontiert, worauf sich ihr Konservatismus überhaupt noch richten kann: auf gesellschaftliche Strukturhaltung oder auf Naturbewahrung?

Ebenfalls massive Widersprüche zeigen sich im Konsumstil-Dilemma der ökologisch aufgeklärten Aufstiegsmilieus. Hier ist Bewahrung kein Wert an

sich, denn die junge Leistungselite ist auf Entwicklung ausgerichtet, sowohl in Bezug auf Kultur und Gesellschaft als auch im Hinblick auf die eigenen Karrieren. In diesen Milieus ist aber das Niveau des ökologischen Wissens sehr hoch und damit auch das Bewusstsein, dass es eines hinreichenden eigenen Umweltengagements bedarf. Dieses ist meistens auch vorhanden, teils in Gestalt von sozialökologischen, der Industriegesellschaft gegenüber sehr kritisch eingestellten Orientierungen, teils im Glauben an die neuen Möglichkeiten einer „Green Economy“ und der davon genährten hohen Bereitschaft zum Kauf umweltoptimierter Produkte. Das Dilemma ergibt sich hier beim Vergleich der umweltorientierten Überzeugungen mit den realen Ökobilanzen der Milieuangehörigen. Sie haben vor allem wegen häufiger Fernreisen meistens keine guten Werte aufzuweisen.

Ganz anders gelagert ist dagegen das Rückzugs-Dilemma der unterschiedlichen Prekariatsmilieus. Die Mentalitäten der jungen Unterschicht sind von Resignation und/oder Alltagshedonismus geprägt. Obwohl in diesen Milieus kaum umweltbelastende Konsummuster verbreitet sind, werden ökologische Herausforderungen oft abgelehnt. Dieser Umstand geht primär auf die geringen sozialen Ressourcen zurück und kann, verbunden mit geringer sozialer Teilhabe der so orientierten Menschen, deren reale Zukunftschancen freilich erst so richtig zerstören.

Hier ergibt sich eine Parallele zum Anerkennungs-Dilemma der überforderten Traditionsmilieus, zu denen ebenfalls Menschen mit wenigen sozialen Ressourcen und einem geringen Ansehen in der Gesellschaft gehören. Diese eher älteren Menschen haben nicht selten geradezu vorbildliche Ökobilanzen in ihrem Alltag – aber für sie ergibt sich eben daraus ein Dilemma: Da erzwungene Suffizienz heute in der Regel als kulturelles Versagen gedeutet wird, sind sie geneigt, sich ihres Konsumverhaltens wegen sogar eher zu schämen. Daher lehnen sie umweltpolitische Maßnahmen aus der Furcht vor weiteren Verschlechterungen ihrer Konsumchancen häufig ab und halten sich jedem Umweltengagement eher fern, wie auch anderen Beteiligungsformen. Diese Selbst-Exklusion kann weitere Benachteiligungen verursachen.

Wie sich zeigt, sind die meisten Aspekte dieser Dilemmasituationen keinesfalls zu verstehen, wenn allein die Umwelt- und Nachhaltigkeitsthematik ins Auge gefaßt wird. Im Kern geht es um innere Widersprüche der sich im 20. Jahrhundert ausbreitenden Massenkonsumentenkultur. Zu überwinden sind diese „soziokulturellen Fallen“ – wie man sie auch nennen könnte – nur durch die betroffenen Milieuangehörigen selbst, nämlich mittels Teilhabe an der konsequenten Suche nach Weiterentwicklungsmöglichkeiten der jeweiligen Milieus zu Kulturen der Nachhaltigkeit.



<http://www.springer.com/978-3-531-18182-0>

Soziale Innovation und Nachhaltigkeit

Perspektiven sozialen Wandels

Rückert-John, J. (Hrsg.)

2013, XII, 299 S. 11 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-531-18182-0